



# Christ und Welt

## Das Weltbild der Muslime

Als politische Religion ist der Islam zum Machtfaktor innerhalb der alten europäischen Kulturen geworden. SEITEN 23, 24

## Forum

RM-Mitherausgeber Jean-Claude Juncker über die Rolle des Staates in der Finanzkrise. SEITE 26

# Eigene Leute fest im Griff

**GESELLSCHAFT** Der Fall Kalisch zeigt: Türkische Organisationen versuchen immer stärker, in Deutschland lebende Landsleute für ihre Ziele zu aktivieren

Von Stefan Piasecki

Der jüngste Konflikt um das Münsteraner Centrum für Religiöse Studien (CRS) und seinen Leiter Muhammad Sven Kalisch markiert einen neuen Höhepunkt im Kampf um die gesellschaftlich-mediale Deutungsmacht des Islam in Deutschland. Was ist passiert? Der Koordinierungsrat der Muslime, ein Dachverband der vier größten muslimischen Verbände in Deutschland, hat seine Mitarbeit im Beirat des CRS aufgekündigt, da der Lehrstuhlinhaber für „Religion des Islam“ sich von den Grundsätzen der islamischen Lehre entfernt habe (siehe Interview Seite 24). Auffällig ist dabei das häufig wiederkehrende Muster des Umgangs mit Konflikten vonseiten der muslimischen Verbände: Man distanziert sich wie schon im vergangenen Jahr von Vereinbarungen, die im Rahmen der Innenminister Wolfgang Schäuble moderierten Islamkonferenz geschlossen worden waren, sagt unter Protest die Teilnah-

me an Tagungen ab oder beendet schlicht, wie im Fall Kalisch, öffentlichkeitswirksam die Zusammenarbeit.

Zufall ist dies nicht. Die Versuche von Organisationen, Einfluss auf in Deutschland lebende Bevölkerungsgruppen zu nehmen und sie für ihre eigenen Ziele zu aktivieren, nehmen zu. Über den Umweg der Religion wird eine besondere Empfänglichkeit von Zugewanderten für Konflikte und Probleme gefördert, die häufig aus der alten Heimat herrühren, aber den öffentlichen Diskurs im Aufnahmeland bestimmen können.

**Weder individuelle Religiosität noch das Traditionsbewusstsein allein** sind verantwortlich, wenn gesellschaftliche Integration (zum Beispiel in den Arbeitsmarkt) nicht gelingt. Die Versuche der türkischen Regierung, von Medien und gesellschaftlichen und religiösen Organisationen zur Instrumentalisierung der türkischstämmigen Volksgruppe lassen zunehmend eine zielgerichtete Einflussnahme erkennen. Die gesellschaftlichen Pro-

bleme durch die Verhinderung einer nachhaltigen Integration, die der türkische Ministerpräsident Erdogan 2007 in Köln abgelehnt hat, werden hierzulande jedoch weniger als politische, sondern eher als soziale Fragestellungen betrachtet. So erhält auch der Konflikt um Kalisch in vielen Betrachtungen einen folkloristischen Einschlag und scheint als Streit unter Muslimen die Mehrheitsgesellschaft kaum zu berühren.

Die Bedeutung von Glauben und Religion sowohl zur Sicherung von Gefolgschaft und Loyalität sowie zur Organisation von Massen wurde lange nicht in den öffentlichen Diskurs um Migration und die aus ihr erwachsenden Probleme in Deutschland einbezogen. Wenn der Staat als Garant der öffentlichen Ordnung und Organisator der deutschen Islamkonferenz es Vertretern religiöser Minderheiten und Gruppen erlaubt, im Namen nicht nur der Minderheit ihrer religiös-organisierten, sondern auch der kulturellen Muslime (also aller Angehörigen des Kulturkreises) zu sprechen, berühren diese Fragen das gesellschaftliche Leben nachhaltig. Es geht somit um die Frage, wer Religion nutzt und wen man wie beeinflussen will.

Anstatt aber etwa seitens der Islamorganisationen im Ringen um den besten islamischen Religionsunterricht zwischen den Wertesystemen und Interessen zu differenzieren, geht es ihnen vor allem um die Definition dessen, was man sagen darf, um nicht aus dem Diskurs ausgeschlossen zu werden. Der Einfluss des Islam auf die öffentliche Diskussion wird durch inländische und ausländische muslimische Organisationen so zum Element politischen Gestaltungswillens. Noch ist nicht eindeutig, ob sie „Identitätswächter“ oder „Integrationslotsen“ sein wollen. Vermehrt ist jedoch zu beobachten, dass Muslime kollektiv für politische Zwecke vereinnahmt werden. Widerstand bei diesem Versuch ist nicht zu befürchten. Der Islam wird zum gesellschaftlichen Ordnungsrahmen und als politische Religion zum Machtfaktor innerhalb der alten europäischen Kulturen, die ihrerseits kaum mehr Bezug zum Bereich des Religiösen haben.

**Dies schließt vielfach auch die Presse und vor allem die Politik mit ein**, welche den politischen Unterton religiöser Äußerungen häufig verkennt. Organisationen wie die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) und Milli Görüs nutzen nichteuropäische Minderheiten als Resonanzboden für ihre Aktivitäten. Sie besetzen öffentliche Räume, die von der alten Ordnung nicht weiter beansprucht werden. Der staatliche Umgang mit der Bedeutung von Religion in der Bildungspolitik ist ein Beispiel dafür. Islam-Organ-

sationen verweisen bei der Forderung nach Minderheitenrechten nicht auf das gleichberechtigte Individuum („Zivilgesellschaft“), sondern argumentieren mit dem Bild eines muslimischen Kollektivs. Dies eint unter religiösen Muslimen ebenso die Gefolgschaft, wie es dort noch vorhandene religiöse antichristliche und -westliche Grundmuster abrufen kann, die auch bei nicht (mehr) praktizierenden Muslimen häufig Bestandteil der kulturellen Prägung waren.

Die Bedeutung einer Religion ergibt sich aus den Möglichkeiten ihrer Protagonisten, die ihre Relevanz auch im Alltagsleben ihrer Gemeinde ständig unter Beweis stellen müssen. Religiöse Anführer, die von der Mehrheitsgesellschaft als Gesprächspartner akzeptiert werden, erhalten dadurch einen immensen Einfluss. Sie können so ihre aus religiösen Überzeugungen gewonnenen Ziele in allgemein politisch verständliche und akzeptierbare Formen umwandeln, die von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr als religiös wahrgenommen werden, aber dennoch weiterhin so gemeint sind.

**Der türkische Staat, der durch seine Medien, die Ditib und mittelbar durch Milli Görüs** nachhaltig die religiös-kulturellen Auffassungen türkischstämmiger Menschen in Europa beeinflusst und steuert, wird vermehrt zum gestaltenden Faktor deutscher Innenpolitik. Die so in die Islamkonferenz entsandten Vertreter repräsentieren – gemessen an der Mitgliedschaft in den von ihnen vertretenen Vereinen und Organisationen – nur etwa 15 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung. Da ihre Rolle jedoch von den nicht-muslimischen Gesprächspartnern nicht hinterfragt wird, gelten sie gleichsam als maßgeblich für alle Menschen muslimischer Herkunft – sie alle werden als Muslime erkannt, ohne nach ihrer tatsächlichen religiös-gesellschaftlichen Orientierung differenziert zu werden.

Religiös argumentierte Minderheitenpolitik wird so im Europa des 21. Jahrhunderts erneut zum Machtfaktor und zur Möglichkeit von Staaten, in die Belange anderer Staaten außerhalb der offiziellen Außenpolitik einzugreifen und zu intervenieren. Die Abgrenzung von Bevölkerungsteilen durch interessierte Organisationen sichert nicht zuletzt auch deren Einfluss und finanzielle Mittel. Durch einen aufgeklärten Islam und eine Normalisierung des religiös-gesellschaftlichen Verhältnisses würden sie überflüssig. Kalisch steht zwischen einer modernen rechtsstaatlichen Bildungspolitik und den Kräften religiöser Traditionen, die politisch nutzbar gemacht werden sollen.

Stefan Piasecki ist Staats- und Sozialwissenschaftler.



Präsenz: Vor dem Minarett der Moschee im Essener Stadtteil Katernberg wehen die türkische und die deutsche Fahne.

FOTO: MURAT TUEREMIS/LAIF



## RÖMISCHE NOTIZEN

### Was die Finanzkrise lehrt

Von Christa Langen-Peduto

Die weltweiten Verwerfungen auf den Finanzmärkten beunruhigen auch den Papst und die römische Kurie. Doch die Akzente sind anders gesetzt. Es wird weniger überlegt, wer Schuld an dieser Entwicklung hat. Viel mehr geht es darum, wie die Gewissen aufgerüttelt werden können. Papst Benedikt XVI. sagte seine Meinung dazu auf der in Rom tagenden Weltbischofssynode. Nur das Wort Gottes sei Realität, alle Elemente des alltäglichen Lebens seien „Realitäten zweiter Ordnung“. Das Geschehen an den Märkten sei eine Mahnung, sich nicht auf falsche Werte zu verlassen.

**Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone verurteilt vor Vertretern** aus der Wirtschaft blindes Gewinnstreben. Während führende Industriestaaten Milliarden-Rettungspakete schnüren, fordern Vatikanvertreter dazu auf, auch die armen Länder in die Sanierungspläne mit einzubeziehen. Die Kirche appell-

liert an christliche Fachleute, in ihrem Arbeitsfeld „christlich zu handeln“, sagte Medienrats-Präsident Erzbischof Claudio Maria Celli, der lange Jahre vatikanischer Verwaltungschef war. Gern wurde da registriert, dass die deutsche Pax-Bank, welche in Rom eine Repräsentanz unterhält, solche Überlegungen in religiösen Institutionen unterstützt. Der Papst sollte Managern kräftig ins Gewissen reden, forderte der Vizepräsident der Bank, Christoph Berndorff, im Gespräch mit Radio Vatikan: „Das moralische Prinzip ist in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig, gerade was die Haltung von Bankern betrifft. Denn es sind ja immer zwei, die einen Vertrag schließen. Es ist der Kunde, und es ist die Bank.“ Den überzogenen Wünschen der Kunden, die nach immer höheren Krediten und Zinsen für Guthaben fragen, stehe auf der anderen Seite das Fehlverhalten der Banken gegenüber, die aus dieser Gier Profit schlugen. In diesem Sinne sprach Berndorff auch

auf einem von der Repräsentanz der Pax-Bank in Rom einberufenen Kundenseminar, bei dem sich Finanzexperten von Orden bei deutschen Bankreferenten informierten und sie besorgte mit Fragen bestürmten.

**Der Heilige Stuhl und der Vatikanstaat scheinen bisher wenig** von der Krise zu spüren. Schon 2007 wurden auf Expertenrat Geldanlagen vom Börsenmarkt abgezogen und damit auf die sichere Seite gebracht. Demnach ist der Vatikan jetzt mit Barren im Wert von 19 Millionen Euro auf Gold gebettet. Weitere 340 Millionen seien in Festgeldanlagen geparkt und 520 Millionen Euro in Staatspapieren und Aktien. Immobilienbesitz bringt hohe Einnahmen. Dennoch macht dem Vatikan die Kostenseite schwer zu schaffen. Wie es beim IOR (Institut der religiösen Werke) aussieht, der früheren von Krisen geschüttelten internen Vatikanbank, ist nicht bekannt. Katholische Einrichtungen aus aller Welt haben dort Konten.



## EVANGELISCHES TAGEBUCH

### Zurück an die Uni

Von Benjamin Lassive

Nach 40 Jahren hat er es geschafft: Der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Axel Noack, wird vom Wintersemester 2009 an als Leiter einer „Arbeitsstelle für neuere Kirchengeschichte in Mitteldeutschland“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg forschen und lehren. 1968 hatte das DDR-Regime dem jungen Noack das Studium an eben jener Universität verboten: Noack war Wehrdienstverweigerer – nur das kirchliche Oberseminar in Naumburg stand ihm offen. „Da hat Gott seinen Knecht Walter Ulbricht benutzt, um mich auf den rechten Weg zu führen“, sagt der Bischof.

**Dass sich Noack im Juni kommenden Jahres vom Bischofsamt zurückzieht**, hat kirchenpolitische Gründe: 2009 wollen die in Magdeburg beheimatete Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen zur Evan-

gelischen Kirche Mitteldeutschlands fusionieren. Thüringens Bischof Christoph Kähler geht dann in Pension. Und auch Noack, der seit 1997 Bischof ist, stellt mit der ihm typischen Bescheidenheit sein Amt zur Verfügung: Denn die neue Landeskirche soll mit einem neuen Bischof neu beginnen. Doch der Magdeburger Bischof ist erst 58 Jahre alt und noch weit vom Ruhestand entfernt. „Es war für uns keine leichte Aufgabe, einen Bischof, der so sehr im Rampenlicht steht wie Noack, so unterzubringen, dass alle Beteiligten das Gefühl haben, es ist gelungen“, sagt Christian Frühwald, Personaldezernent der in Gründung befindlichen Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Aber in der Brust des Axel Noack schlagen schon immer mehrere Herzen: Eines für seine Landeskirche und eines für die Mission, was dazu führte, dass der Magdeburger Theologe Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste beim Diakonischen Werk der EKD wurde. Nun hat



sich aber eine dritte Neigung durchgesetzt, der Hang zur Kirchengeschichte. „Meine alte Mutter hat gesagt: Junge, wenn du so was machst, kriegst du keinen Herzinfarkt“, sagte Noack, als er in der vergangenen Woche seine Zukunftspläne vorstellte.

**Er selbst kann sich viele Themen für die neue Forschungsstelle vorstellen.** Etwa die Geschichte der DDR-Kinderzeitschrift „Bummi“. „Warum soll es nicht einmal eine Arbeit mit dem Titel ‚Bummi – Frösi – Mosaik – die ideologische Erziehung unserer Kinder geben?‘ Eines allerdings ist ihm wichtig: Das neue Institut sei kein goldener Handschlag zum Abschied aus dem Bischofsamt. Zwar werde die Forschungsstelle in den nächsten fünf Jahren rund 400 000 Euro von der Landeskirche erhalten. Im Gegensatz zu manchem Manager oder Ex-Politiker will sich der Magdeburger Bischof aber mit einem ganz normalen Pfarregehalt begnügen. „Schließlich sind die Kinder ja alle aus dem Haus.“